

Samstag, 24. August 2019

Andreas Möckli

Die Psychiater waren schlicht schockiert. Wahlweise wurden sie als Zuhälter oder Abzocker tituliert. In zwei Artikeln in der NZZ und im «Tages-Anzeiger» wehrten sich Ende Juni mehrere Psychologen gegen die aus ihrer Sicht miserablen Arbeitsbedingungen. Wortwörtlich stand in der NZZ: «Das Modell grenzt an Prostitution, und der Psychiater ist der Zuhälter.» Die Aussage stammt von einer Psychologin, deren Name im Artikel geändert wurde.

Worum geht es? Psychologen haben in der Schweiz eine spezielle Stellung. Wollen sie Patienten behandeln und dies über die Grundversicherung abrechnen, dann müssen sie dies unter Aufsicht eines Psychiaters tun. Letztere müssen eine deutlich längere Weiterbildung absolvieren. Vereinfacht gesagt, beaufsichtigen sie dank ihrem grösseren Fachwissen die Psychologen. So bespricht etwa der Psychiater mit dem Psychologen die einzelnen Fälle. Ersterer kann etwa dank seinem Arzttitel Medikamente verschreiben.

Der Bundesrat will nun von diesem sogenannten Delegationsmodell wegkommen. Künftig sollen die Psychologen selbstständig arbeiten können. Einzige Voraussetzung: Ein Arzt müsste eine Therapie anordnen, so wie das heute bereits bei der Spitex oder Physiotherapie der Fall ist.

#### «Das kann im schlimmsten Fall gefährlich werden»

Ganz offensichtlich wollten die Psychologen nichts anbrennen lassen. Der Artikel des «Tages-Anzeigers» erschien einen Tag vor dem Bundesratsentscheid, jener der NZZ am Tag des Entscheids. Die Psychiater haben sich bisher nicht verlauten lassen – trotz des grossen Ärgers über die Wortwahl der Psychologen in den beiden Artikeln. Doch nun schalten sich einzelne Psychiater ein.

Einer, der die Systemänderung skeptisch beurteilt, ist Erich Seifritz. Er ist Professor für Psychiatrie und Psychotherapie und Direktor an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Er habe nichts dagegen, dass der Bundesrat das alte Modell aufgeben wolle. Doch mit seinem Vorschlag befinde



Wie viel Weiterbildung ist nötig? Über diese Frage streiten Psychiater und Psychologen. Bild: Shutterstock

# Befreiungsschlag mit Risiken und Nebenwirkungen

Psychologen sollen künftig selbstständig Patienten behandeln können – die Psychiater warnen vor den Gefahren.

sich die Landesregierung auf einem gefährlichen Weg, sagt Seifritz. Seine grösste Sorge ist die zu knapp bemessene Weiterbildung der Psychologen. «Das kann für betroffene Patienten mit schweren psychischen Störungen im schlimmsten Fall gefährlich werden.»

Als Beispiel nennt er etwa Patienten, die suizidgefährdet sind. Dies zu erkennen sei nicht immer einfach, sagt Seifritz. Das Gleiche gelte für schwere Psychosen wie etwa wahnhaftige Störungen oder Schizophrenie.

«Am Anfang solcher Krankheitsbilder stehen oft unspezifische Symptome», sagt Seifritz. «Diese zu diagnostizieren, ist schwierig.»

Um solch schwere Fälle zu entdecken, müssten Psychiater und Psychologen über mehrere Jahre praktische Erfahrung in psychiatrischen Kliniken oder Ambulatorien sammeln. «Bei den Psychologen ist das nur sehr begrenzt der Fall», sagt Seifritz. Dies ändere sich mit dem neuen Modell des Bundesrats nur wenig.

Fakt ist: Wenn jemand an einer Fachhochschule oder an einer Uni einen Master-Abschluss in Psychologie erlangt, darf er sich Psychologe nennen. Will jemand jedoch Psychotherapien anbieten, muss er oder sie sich weiterbilden. Dies dauert in der Regel vier bis sechs Jahre. Davon sind zwei Jahre in einer Klinik oder in einem Ambulatorium Pflicht. Am Schluss erhalten die Absolventen den Titel «eidgenössisch anerkannter Psychotherapeut».

Künftig müssten die Psychologen drei Jahre in einer Klinik arbeiten. Doch für Seifritz reicht das nicht. Er fordert eine Gleichstellung mit den Psychiatern, die sich doppelt so lange in einer Klinik weiterbilden müssen. Für einen Psychiater dauert die Ausbildung insgesamt zwölf Jahre, da am Anfang ein sechsjähriges Medizinstudium steht. Zudem machen sie zusätzlich eine Psychotherapie-Weiterbildung.

#### Soll die Zahl der Sitzungen limitiert werden

Ein weiteres Problem des neuen Modells sieht Anouk Gehret, Präsidentin der Zürcher Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie. Neu kann eine ganze Reihe von Ärzten eine Psychotherapie anordnen. So zum Beispiel Hausärzte, Neurologen oder Gynäkologen. «Damit besteht die Gefahr, dass diese Ärzte mit Patienten konfrontiert sind, die dringend eine Psychotherapie benötigen, da sie ein schweres psychisches Problem aufweisen», sagt Gehret. In solchen Fällen wäre eine Überweisung an einen Psychiater oder gar an eine Klinik die bessere Lösung. Doch dies sei für einen Hausarzt oder einen Gynäkologen nicht immer einfach zu erkennen.

Daher besteht die Idee, dass eine Überweisung von einem Hausarzt an einen Psychologen zeitlich limitiert werden soll. So wäre etwa eine Beschränkung auf zehn Sitzungen denkbar. Danach müsste ein Psychiater beurteilen, ob die Therapie weitergeführt werden kann.

Die Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen hat wenig Freude an diesen Ideen. Sie begrüsst die Stossrichtung des Bundesrats, sagt ein Sprecher, auch wenn die Antwort auf die Vernehmlassung noch nicht fertiggestellt sei. Zur Forderung, die klinische Weiterbildung auszuweiten, will sich der Verband nicht äussern, solange er die Details dazu nicht kennt. Keinen Sinn mache die zeitliche Limitierung der Anordnung auf zehn Stunden. Der Bundesrat wolle ja den Zugang zur Psychotherapie vereinfachen. Wenn nun wieder ein Psychiater eingeschaltet werden müsse, dann bleibe das Problem bestehen, das man eigentlich lösen wolle.

#### Paradeplatz



Industrie-Glace hat in Berliner Parkanlagen seit neuestem einen schweren Stand. Das liegt nicht etwa daran, dass sich der Sommer seinem Ende zuneigt, sondern dass der zuständige **Eislieferant Froneri Schöllner** zum Nahrungsmittelkonzern **von CEO Mark Schneiders Nestlé** gehört. Wie auf «tagesspiegel.de» zu lesen ist, hat die landeseigene Unternehmensgruppe Grün Berlin, welche die Stadtländchen Berlins mitgestaltet, dem Eislieferanten vor kurzem gekündigt. Offensichtlich hat sich die rot-rot-grüne Koalition entschlossen, dass sie kein Eis in der Tüte mehr von einem Unternehmen verkaufen will, das viel Geld mit der Kapitalisierung von Trinkwasser verdient. In Zukunft soll das Eis stattdessen «regional, ökologisch und fair» sein, heisst es auf «tagesspiegel.de». Wer an diesem sonnigen Wochenende nach Berlin jettet, muss sich aber keine Sorgen über einen Versorgungsengpass machen: Der Vertrag mit Froneri Schöllner läuft noch bis Ende 2020.

#### Nestlé expandiert in Deutschland

**Kaffee** Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé treibt nach einem milliardenschweren Vermarktungsdeal mit Starbucks sein Kaffeegeschäft in Deutschland voran. Ab September bringt das Unternehmen 19 neue Kaffeeprodukte der US-Kette in den Detailhandel. Mit dem Start weite der Konzern seine weltweite Präsenz mit der Marke Starbucks aus. Bisher sei das Sortiment in 14 Ländern eingeführt. Deutschland als viertgrösster Kaffeemarkt weltweit sei für Nestlé wichtig, teilt der Konzern mit. (sda)

## Avenir Suisse will neuen Anlauf für einen Deal mit den USA

Beide Seiten würden erheblich von einem Abkommen profitieren, meint die Denkfabrik. Selten sei der Zeitpunkt so ideal gewesen wie jetzt.

Am Ende hängt es an den Bauern. So war es vor 13 Jahren, als die Schweiz den bisher letzten Versuch wagte, ein Freihandelsabkommen mit den USA anzuschleichen. Und so würde es wohl auch dieses Mal sein, prophezeit die Denkfabrik Avenir Suisse in einer neuen Studie.

2006 scheiterte das Unterfangen noch am Widerstand des Agrarsektors. Nun sei der richtige Zeitpunkt da, um einen zweiten Versuch zu unternehmen, sagte Co-Studienautor Patrick Dümmler gestern in Zürich. Dabei sei eines unverzichtbar: die Bauern frühzeitig einzubinden.

Mit Widerstand aus der Landwirtschaft sei nämlich durchaus zu rechnen – auch wenn sich der Bauernverband grundsätzlich aufgeschlossen für die Idee eines Abkommens mit den USA gibt. «Wenn die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt werden, haben wir nichts gegen ein solches Abkommen», lässt der Verband auf Anfrage wissen. Allerdings könnte ein Vertrag gerade mit den USA «zu grossen Problemen führen». Dort werde nämlich sehr viel produziert – mit relativ wenigen Auflagen.

Die Schweizer Bauern fordern daher umfassende Aufla-

gen und Deklarationspflichten für US-Produkte. Das Freihandelsabkommen mit China zeige, dass der Agrarsektor einem Abkommen mit einem weitaus grösseren Partner nicht grundsätzlich im Weg stehe – sofern die Bedingungen stimmten.

#### 13 500 neue Jobs in der Schweiz

Sollte eine Lösung mit den Bauern gefunden werden, winken satte Profite für die Schweizer Wirtschaft, rechnet Avenir Suisse vor. Unter dem Strich profitierten beide Seiten erheblich. Die Amerikaner gar ein wenig mehr. Die zusätzli-

chen Schweizer Exporte in die USA, die bereits heute das zweitgrösste Abnehmerland sind, würden in fünf Jahren um 14 Milliarden Franken anwachsen, heisst es in der Studie. Die USA kämen auf zusätzlich knapp 27 Milliarden Franken. Alleine durch den angekurbelten Warenhandel würden so 13 500 zusätzliche Jobs in der Schweiz und 27 500 in den USA entstehen.

Um den zweiten Anlauf zu starten, stehe gerade ein Fenster offen, meint Avenir Suisse. Ein «Window of Opportunity», wie es Neudeutsch heisst. Hinter den Kulissen liefen bereits

Gespräche zwischen Vertretern der Schweiz und den USA. Vor kurzem sprach Bundesrat Ueli Maurer in Washington mit Donald Trump. Dümmler sagt: «Die Gespräche waren seit 2006 nicht mehr so intensiv.» Nun müssten sie auf die formelle Ebene gehoben werden.

Allzu lange dürfte das Fenster nämlich nicht offenbleiben. Nach Vollzug des Brexit wird das Vereinigte Königreich Ansprüche auf ein Abkommen mit den USA anmelden und entsprechend Ressourcen bei den Amerikanern blockieren. Sobald der Präsidentschaftswahlkampf in den USA Fahrt aufnimmt, dürfte

das Fenster ohnehin zufallen. Falls sich EU und USA dann auch noch überlegen sollten, das festgefahrene Abkommen TTIP neu aufzulegen, bliebe der Schweiz nur die Rolle des Zuschauers. Deshalb sollte die Eidgenossenschaft jetzt auf Gespräche drängen, meint Avenir Suisse. Noch sei ein selbstständiger Abschluss möglich, ohne von aussen unter Zugzwang zu geraten.

Dann wird auch die Agrarlobby zeigen müssen, wie ernst es ihr mit einem Abkommen tatsächlich ist.

Fabian Hock